

Käfer

Betriebszeitung der DKP für VW-Braunschweig und Wolfsburg

Inhalt

- Kurzarbeit und dann?
- Tarifverträge in der Krise
- Fritz und die Solidarität
- VW-Eliteschule
- Was macht Christel Wegner
- Braunschweigs Schulden
- Demo gegen Krisenlasten

www.roter-kaefer.de

In der Krise:

Kurzarbeit - und dann?

Der eine oder die andere freut sich: Eine Woche frei zum Monatsende! Kurzarbeit ist angesagt, aber durch die Aufstockung auf 100% des Entgeltes (lediglich die Schichtzuschläge fehlen) insgesamt eine feine Sache! Außerdem ist VW ja noch besser dran, als andere Automobilunternehmen, die Abwrackprämie greift, wenn man den Händlern glauben kann und im 2.Quartal soll es ja wieder bergauf gehen.

Also alles nicht so schlimm!?

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Die Auftragseinbrüche auch bei Volkswagen sind erheblich. Die Abwrackprämie hilft vielleicht bei Polo und Fox, vielleicht noch beim Golf. Das war es dann aber.

Insgesamt steigen die Arbeitslosenzahlen, die offenen Stellen gehen zurück. Die Zahl der Kurzarbeiter hat nie gekannte Höhen erreicht. Die Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben haben aber keine VW-Absicherung, die bleiben mit 60% zu Hause.

Und bei den niedrigen Bruttolöhnen wird die Zahl der „Aufstocker“ mit Hartz IV steigen, aber nicht die der Autokäufer! Wenn die Aufträge gegen Null gehen, wird es zu Entlassungen, ja zu Betriebsstillegungen kommen. In der Automobilzulieferindustrie spielt sich das jetzt schon ab!

Krisen gehören zum System

Vergessen wir nicht, kapitalistische Krisenbewältigung heißt Marktberingung. Für die Beschäftigten ist das Vernichtung von Arbeitsplätzen und Entlassungen!

Krisen sind Bestandteil des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Auch die aktuelle Krise wird durch die Finanzkrise lediglich verschärft. Die Rezession war schon vor dem Zusammenbruch der Finanzmärkte sichtbar. Die wirkliche Ursache liegt in der ungleichen Verteilung des

gesellschaftlich geschaffenen Reichtums. Erst riesige Privatvermögen in wenigen Händen reizen zur Spekulation auf Teufel komm raus. Die sogenannten Konjunkturprogramme verdienen ihre Namen nicht. Sie sind völlig unzureichend. Deshalb halten wir es für eine Illusion, nur

von einer kurzen Dauer auszugehen. Eben wird das Transportgewerbe erfasst, daran hängen nicht nur Speditionen, sondern Häfen und Schiffsbau, ebenfalls die Bahn und die Luftfahrtindustrie.

Und nach den Wahlen heißt es zahlen!

Dieser Spruch wird sich wieder bewahrheiten. Die Rettungsschirme für die Banken und die Industrie, sowie die Kreditzinsen müssen bezahlt werden.

Da bleibt kein Geld mehr für Soziales, für Investitionen in Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, oder für Entgelterhöhungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Wieder mal typische Schwarzmalerei von Kommunisten, die auch keine Lösung haben? Befriedigende Lösungen wird es im Kapitalismus in der Tat nicht geben. Deshalb bleibt unser Ziel eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Aber es gibt auch Forderungen, die jetzt angepackt werden könnten:

- Vergesellschaftung der Banken,
- Ausweitung der Mitbestimmung,
- die Reichen sollen zahlen,
- öffentliche Gelder nur mit Auflagen für Umstrukturierungen und Entlassungsverbote,
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich....



Ossietzky-Karikaturen
von Guido Zingerl

Von den Schwierigkeiten mit den Tarifverträgen

Kurzarbeit statt Senkung des Arbeitszeitfixpunktes – ist das in Ordnung, so fragen nicht wenige VW-Beschäftigte, die gerade das Lob für diesen Punkt im TV noch im Ohr haben. Nach dem TV Beschäftigungssicherung ist bei Auftragseinbrüchen die Senkung des AZ-Fixpunktes auf 25 Stunden ohne Lohnkürzung möglich! Allerdings nur für die Beschäftigten im Haustarif !! Das könnte trotzdem Leiharbeitern unter Umständen den Arbeitsplatz erhalten, und die Arbeitsagentur würde unsere Beiträge sparen. Warum wird es dann nicht gemacht? So einen Tarifvertrag gibt es nur bei Volkswagen. Das heißt, andere könnten kurzarbeiten, nur VW müsste selbst zahlen. Wettbewerbsnachteile, wo doch VW zu den Gewinnern der Krise gehören will! Das war

wohl nicht durchsetzbar! Als Preis dafür, dass der Arbeitszeitfixpunkt nicht gesenkt wird, gibt es für VW-Beschäftigte die Aufstockung auf 100% des Entgeltes. Tarifverträge sollen eigentlich gleiche Wettbewerbsbedingungen in einer Branche herstellen. Nun ist VW nicht im Flächentarifvertrag. Und es passiert immer wieder, dass gute Regelungen, die wir bei VW erkämpfen, nicht auf den Rest der Branche übertragen und dann zum Wettbewerbsnachteil werden. Das war so bei der 28,8-Stundenwoche, das ist so beim Arbeitszeitfixpunkt. Auch in Sachen Mitbestimmung blieb Volkswagen eine Insel. Wie werden wir gemeinsam durchsetzungsfähiger, diese Frage muss auf die Tagesordnung!



Illustration: Bernd Bücklin

Auch VW im Finanz-derivate-Sumpf?

Kürzlich meldete der US-Informationdienst Depository Trust & Clearing Corporation (DTCC), dass die Deutsche Bank tief im Geschäft mit Credit Default Swaps (CDS) steckt. Diese Derivate funktionieren wie Versicherungspapiere gegen den Ausfall von Kreditnehmern. Werden die so abgesicherten Kredite notleidend, muss der Versicherer einspringen. Ackermanns Institut ist in Deutschland mit einer Rekordsumme von nominal 68,5 Mrd. Dollar in solchen Geschäften engagiert und hat gerade erst einen Milliarden-Verlust für 2008 gemeldet. Die Plätze zwei und drei im deutschen CDS-Geschäft nehmen laut DTCC die Telekom mit nominal 68,4 Milliarden und VW mit nominal 50,1 Milliarden Dollar ein. Sollten auch die VW-Manager mit den Milliarden-Gewinnen der letzten Jahre im Finanzkasino mitgezockt haben? Hoffentlich erwarten uns da nicht noch böse Überraschungen!

Impressum:

Herausgeber:
DKP Kreis Braunschweig-Wolfenbüttel
V.i.S.d.P.: Werner Hensel
Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig



Fritz und die Solidarität

Manchmal bin ich erschrocken, wie unsolidarisch uns die Verhältnisse im Kapitalismus werden lassen.

Deshalb habe ich ein Gedicht des kirchlichen Widerstandskämpfers Pastor Martin Niemöller umgeschrieben, denn diese Verhältnisse dürfen einfach nicht so bleiben!

Meint
Euer Fritz

Als die Verträge der KollegInnen von Autovision People nicht verlängert wurden, schwieg ich,
ich war ja kein Leiharbeiter.

Als die Verträge der FremdfirmenmitarbeiterInnen gekündigt wurden, blieb ich ruhig,
ich gehörte zur VW-Stammebelegschaft.

Als die Projekte der Autovision ausliefen, nahm ich das hin,
schließlich brauchten wir Arbeit.

Als wir Kurzarbeit machten, regte ich mich nicht auf,
wir bekamen ja unsere 100%.

Als der Beschäftigungssicherungsvertrag aufgrund der Dauer und Schwere der Krise nicht hielt,
war niemand mehr da um zu protestieren!

1500 Mio. für die Reichen 150 Mio. für die Armen

Auf Nachfrage der Fraktion DIE LINKE hat das Bundesfinanzministerium präzisiert, welche Einkommensgruppen wie stark von den im Konjunkturpaket II für die Jahre 2009 und 2010 vorgesehenen Steuersenkungen profitieren. Demnach werden die Bezieher von niedrigen Einkommen bis 10.000 Euro (bei Verheiraten bis 20.000 Euro) um insgesamt 150 Millionen Euro entlastet werden. Gutverdiener mit über 53.000 Euro (bzw. 106.000 Euro bei Verheirateten) hingegen

bekommen 1.450 Millionen Euro, also fast das zehnfache, an Einkommensteuerentlastung. Die Bundesregierung schenkt den Reichen Milliarden, damit sie einen kleinen Teil davon in die Konjunktur stecken und den Rest in den Sparstrumpf. Bei den unteren Einkommen wäre dieses Geld konjunkturpolitisch viel besser angelegt, da es komplett in Konsum umgesetzt würde. Aber für die interessiert sich die Bundesregierung offensichtlich nicht.

VW-Eliteschule: Vergiftetes Geschenk

„VW schenkt Stadt eine Privatschule“ jubelten die Wolfsburger Zeitungen zum 70-jährigen Stadtjubiläum im letzten Jahr. Und weiter: „Konzern und Kommune lassen ab 2009 im Vorzeige-Institut mit elitärer Zielsetzung Top-Nachwuchs ausbilden“ (WN vom 28.6.). Inzwischen zeigt sich, dass das „Geschenk“ die Stadt sehr teuer kommen wird. Denn VW will zwar in den ersten drei Jahren die Personalkosten übernehmen, die Gebäude der neuen Schule soll aber die Stadt Wolfsburg bezahlen. Weil es auf Wunsch des Konzerns schnell gehen soll – Schulbeginn schon nach den Sommerferien in diesem Jahr –, will die Stadt die VW-Privatschule im Gebäude der Volkshochschule Wolfsburg (BZW) einrichten. Das hatte die von VW eingesetzte Errichtungskommission vorgeschlagen. Das BZW ist aber erst vor einigen Jahren für viele Millionen für die Erwachsenenbildung hergerichtet worden. Da eine Schule für ca 800 Privatschüler andere Einrichtungen braucht, werden in den

nächsten Jahren teure Umbauten nötig sein.

Doch das ist noch nicht alles. Die Volkshochschule braucht ja auch Gebäude und soll in den Bauhof umziehen. Der ist aber zu klein und muss umgebaut werden. Außerdem ist er mit anderen Nutzern belegt, die umziehen müssen..... Ein Rattenschwanz aus Kosten!

OB Schnellecke (CDU), als Subunternehmer eng mit VW verbunden, will den VW-Wunsch – Privatschule in das Volkshochschulgebäude – mit aller Macht in der Ratssitzung am 25.2. durchdrücken. Die SPD wird sich mehrheitlich wohl nicht aus dem Fahrwasser der CDU lösen können. Die Wolfsburger Linke (WL) ist prinzipiell gegen die Einrichtung von Privatschulen. Warum unterstützt VW nicht lieber die bestehenden Wolfsburger Schulen, statt „durch ein Vorzeige-Institut mit elitärer Zielsetzung“ die anderen Schulen abzuwerten? Auf jeden Fall darf das VW-Geschenk Privatschule nicht mit Millionenkosten für die Stadt verbunden sein.

VW-Elektroautos im Schrittempo hinterher?

VW hat Hoffnungen auf eine baldige Nutzung von Elektroantrieben in seinen PKW gedämpft: „Wir werden die Technologie erst dann einsetzen, wenn sie richtig reif ist – und das wird noch dauern“, sagte VW-Entwicklungsvorstand Hackenberg Anfang Februar. VW lerne Schritt für Schritt, um die Technologie bis

in die letzten Details zu verstehen, so Hackenberg. Konzernchef Winterkorn hatte Hoffnungen auf eine schnellere Einführung von Elektroautos genährt: „Eines ist sicher: Das Auto der Zukunft wird elektrisch fahren“, so Winterkorn im November letzten Jahres (WN, 26.11.08). Hoffentlich verschläft VW die Zukunft nicht!

Was macht eigentlich Christel Wegner

(fraktionslose Abgeordnete) im Landtag?



Wir erinnern uns: Christel wurde bei einem Panorama-Interview hereingelegt. Überall wurde verbreitet, sie rechtfertige die Mauer und wolle die Stasi zurück. Ihr Dementi fand kein Gehör, auch nicht bei der „PDL“, die sie aus der Fraktion ausschloss.

Christel arbeitet im Ausschuss Soziales mit, allerdings ohne Stimmrecht. Ihre Redezeit beträgt 1 bis 2 Minuten, es gibt auch noch andere Einschränkungen. Soweit zur Demokratie im Landtag!

Ansonsten bereitet sie sich mit Hilfe eines Referenten und Unterstützung ihrer Partei auf die Sitzungen vor und schreibt über ihre Erfahrungen regelmäßig in der UZ.

Christel war Krankenschwester, Pflegedienstleiterin und Personalrätin.

Da Niedersachsen ein Autoland ist, hieß es natürlich, sich auf diesem Gebiet zu qualifizieren. Die Teilnahme am Automobilseminar war für sie Pflicht. Herzensangelegenheit war für sie ein Besuch im Solizelt der um ihre Arbeitsplätze kämpfenden KollegInnen bei Karmann. Die Teilnahme und Information an der Kundgebung der Karmann Beschäftigten vor dem Landtag war selbstverständlich, ebenso wie eine Anfrage im Landtag: „Könnten durch Arbeitszeitverkürzung nicht Arbeitsplätze gesichert werden“?

Ein Informationsgespräch beim Betriebsrat über die Probleme von Volkswagen und der Automobilindustrie standen auf ihrer Agenda ganz oben. Die Produktion von Autos will sich Christel noch angucken.

Ansonsten nimmt sie Termine in den Gruppen war, erzählt über ihre Erfahrungen im Landtag, hört zu, was die Genossinnen und Genossen ihr aus ihrer Arbeit vor Ort berichten!

Zu den Vorgängen in der ASSE hat sie frühzeitig eine Anfrage gestellt, deren Antwort lange auf sich warten ließ. Bei der Lichterkette am 26.2. wird sie selbstverständlich dabei sein, gemeinsam mit ihren Braunschweiger Genossinnen und Genossen!

Wer mehr erfahren will, sollte auf ihre Homepage

<http://www.christel-wegner.de> schauen!

Arme schuldenfreie Stadt

Die Stadt Braunschweig sei schuldenfrei - freuten sich der Oberbürgermeister und seine Zeitung vor zwei Wochen.

Und wieder mal versäumte es die Braunschweiger Zeitung, die Aussagen ihres OB kritisch zu hinterfragen.

Einige Fakten:

Außerordentliche Einnahmen erzielte die Stadt durch die Verschleuderung kommunalen Eigentums wie z.B. BS-Energy, Stadtreinigung, Abwasserentsorgung, Nibelungen-Wohnungen.

Das „Tafelsilber“ kann man aber nur einmal verkaufen. Was wird, wenn die Verkaufserlöse verbraucht sind?

Zum Beispiel:

Bis zum Verkauf von BS-Energy wurden die Defizite der Verkehrs-AG im Unternehmensverbund Stadtwerke durch die Gewinne der Versorgungs-AG ausgeglichen und trotzdem blieben der Stadt noch erkleckliche Einnahmen. Jetzt kassiert der Energiekonzern Veolia 3/4 des Gewinns von BS-Energy (in 2006 31 Mio. €). Womit werden die Verluste der Verkehrs AG ausgeglichen, wenn der Verkaufserlös von BS-Energy verbraucht ist? Gehen wir dann zu Fuß? Wird der Fahrplan noch mehr ausgedünnt?

Zum Beispiel:

Ein Aufreger in diesem Winter waren der mangelhafte Winterdienst der Straßenreinigung und ständig überfüllte Müllcontainer. Beides wird von ALBA verantwortet. Diesem Konzern gehört seit 2004 die Stadtreinigung und die Müllabfuhr.

ALBA übernahm bei der Privatisierung 380 Beschäftigte in tarifvertraglich geschützten Arbeitsverhältnissen. Davon sind heute noch ca. 140 übrig. Für die 240 ausgeschiedenen Mitarbeiter wurden 60 neue zu schlechteren Bedingungen eingestellt. Aber: Die Stadt - und damit wir zahlen höhere Gebühren für schlechtere Leistungen. Ist ja auch logisch, mit weniger Leuten kann man nicht dasselbe schaffen. Nur der Profit für ALBA stimmt.

Zum Beispiel:

Die Stadt haftet für hunderte Millionen € neuer Kredite in den privatisierten Gesellschaften. Dazu aus einer Presseerklärung der Bürgerinitiativen:

„Den Bürgerinitiativen BÖE (Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums) und der Initiative zum Erhalt der Nibelungen Wohnbau (Initiative NiWo-Bau) liegen Geheimverträge vor, in denen sich die Stadt seit 2004 verpflichtet, mehr als 300 Mio. € fremde Kredite zu tilgen und Zinszahlungen zu leisten. Die Kredite haben Laufzeiten von bis zu 30 Jahren und verpflichten die Stadt zu Zahlungen bis zur vollständigen Tilgung in Höhe von bis jetzt 312 Mio. €.

Im einzelnen sind folgende Verträge aufgetaucht:

- Forderungsverkauf und Abtretungsvertrag mit ALBA vom 19.5.2004: Die Stadt hat vertraglich die Zahlungsverpflichtungen über Tilgung und Zins von 23,7 Mio. € übernommen.

- Vertrag zur Privatisierung der Stadtentwässerung vom 23/12/2005: Die Stadt hat vertraglich die Zahlungsverpflichtungen über Tilgung und Zins von 248 Mio. € übernommen.

- Vertrag mit Veolia/BS-Energy vom 23/12/2005: Die Stadt hat vertraglich die Zahlungsverpflichtungen über Tilgung und Zins für alle Neuinvestitionen von Veolia/BS-Energy der nächsten 30 Jahre übernommen. In den Jahren 2006 hat Veolia/BS-Energy 11 Mio. €, 2007 9 Mio. € und 2008 sogar 19,8 Mio. € aus diesem Kredit abgerufen.

Die Stadt zahlt seit Beginn jährlich Zins und Tilgung direkt an die Banken.

- Grundlagen-Vertrag zur Privatisierung der ehemaligen städtischen Abteilung Ampeln und Beleuchtung (Fa. Bellis, Tochterbetrieb von Siemens/Veolia/BS-Energy) vom 13.10. 2005:

Die Stadt gewährt eine Kreditzusage über jährlich 1,8 Mio. €.

Die Bürgerinitiativen kritisieren, dass in den bisherigen Presseerklärungen und Pressemeldungen die Schulden aus diesen geheimen Verpflichtungen verschwiegen wurden. Braunschweig ist entgegen der Pressemeldung aus dem Rathaus hoch verschuldet!“

Die CDU/FDP-Mehrheit im Stadtrat hat mit ihrem OB Hoffmann städtisches Vermögen verschleudert, neue versteckte Schulden angehäuft und wird uns eine arme Stadt hinterlassen.

Wir zahlen nicht für Eure Krise Für eine solidarische Gesellschaft

Unter diesem Motto rufen zahlreiche Gruppierungen, linke Parteien, Gewerkschaftsgliederungen und Attac für den 28. März zu zwei zentrale Kundgebungen in Berlin und in Frankfurt auf. In dem Aufruf heißt es: Der Kapitalismus steckt in seiner schlimmsten Krise seit 1929. Sie hat verschiedene Gesichter: die Beschleunigung des Klimawandels, Kriege um Rohstoffe, Hungerrevolten, Finanzmarkt-Crash und Rezession.

Zeit für Systemwechsel - Für eine solidarische Gesellschaft

Die Entfesselung des Kapitals und der erpresserische Druck der Finanzmärkte haben sich als zerstörerisch erwiesen. Ein anderes Weltwirtschaftssystem ist nötig. Eines, das Mensch und Natur dient; das auf den Prinzipien globaler Solidarität, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Kontrolle aufbaut.

Die Reichen und Profiteure sollen zahlen
Wir wollen, dass die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten werden.

Die Milliarden, die jetzt zur Sanierung des Finanzsektors ausgegeben werden, dürfen nicht auf Kosten der großen Mehrheit gehen.

Wir werden nicht hinnehmen, dass Beschäftigte, Erwerbslose, RentnerInnen,

SchülerInnen oder Studierende die Zeche zahlen! Genauso wenig darf die Krise auf die Länder des Südens oder die Umwelt abgewälzt werden.



Die Demo in Berlin:

Beginn: 12 Uhr, Rotes Rathaus

Abschlusskundgebung: 16 Uhr, Gendarmenmarkt;

weitere Infos unter "<http://www.28maerz.de>" www.28maerz.de

Über Mitfahrgelegenheit aus Braunschweig und Wolfsburg informieren die örtlichen Attac-Gruppen, die Gewerkschaftsjugend und die Parteien DKP und PDL